BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlinn

Öffnung von Schule
Wirtschaft und Schule

Bildung, die für die Zukunft befähigen soll, muss auch zur Bewältigung der Gegenwart beitragen. Ziel aller Veränderungsbestrebungen ist die Verbesserung der Lernbedingungen und Lernergebnisse der SchülerInnen. Der Reformbedarf betrifft den grundsätzlichen Kontakt zwischen Schule und anderen gesellschaftlichen Subsystemen, die Festlegung der Basiskompetenzen, die in der modernen Gesellschaft für eine befriedigende Lebensführung und für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind, und die Organisation der Lernphasen.
Die Öffnung von Schule ist grundsätzlich zum gesamten gesellschaftlichen Umfeld notwendig. Wegen der besonderen Bedeutung der Wirtschaft als wesentliche Grundlage gesellschaftlichen Handelns und weil das Verhältnis von Wirtschaft und Schule besonders spannungsgeladen war, teilweise noch ist, wird es hier besonders behandelt. Die Öffnung zu anderen Bereichen wird in einem gesonderten Positionspapier bearbeitet.

1. Schule – Wirtschaft: Gegner oder Partner?

Zukunftstaugliche Bildung muss die berufliche Zukunft, den gesellschaftlichen Bereich Wirtschaft als aktiv zu gestaltender Handlungsraum für jeden Menschen als Bestandteil der allgemeinbildenden Phase beinhalten. Die bisherige Schule hat hier ein deutliches Defizit.
Die Lehrkräfte in Schulen haben auch durch ihre Ausbildung den Grundsatz verinnerlicht, dass Bildung nicht wirtschaftlichen Verwertungsinteressen unterworfen werden darf. Dieser Grundsatz richtete sich berechtigterweise gegen den immer wieder unternommenen Versuch, schulische Lernprozesse in Inhalt und Lernorganisation vor allem von den Anforderungen der Unternehmen zu bestimmen und damit die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen eindimensional zu verengen. Die Kritik an dieser Absicht hat in der Konsequenz allerdings zu einem hohes Maß an Selbstbezüglichkeit der Schule geführt, das aufgrund aktueller und zukünftiger Anforderungen in dieser Form aufgegeben werden muss.

Der „Systemfehler“ der Abschottung muss behoben werden. Bündnis 90/Die Grünen treten ein für eine Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, die weiterhin den Eigenwert von Bildung gegenüber der Ökonomie achtet, die ein gemeinsames Ziel verfolgt, die auf gleicher Augenhöhe stattfindet zwischen Partnern, die selbstbewusst und professionell ihren Arbeitsbereich vertreten, die Berührungsängste abbaut, die durch gegenseitigen Nutzen auf Kontinuität und Verbindlichkeit angelegt ist.

2. Wirtschaft als Gegenstand von unterrichtlicher Behandlung

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, sind Fundamente des gesellschaftlichen Lebens. Sie müssen von den Jugendlichen wie ihren Lehrkräften bewusst wahrgenommen und verstanden werden.

Es gibt in den meisten Bundesländern und Schulformen keine ökonomische Bildung, die Wirtschaft zum Unterrichtsgegenstand macht und als eigenen Gestaltungsraum für Jugendliche eröffnet.
Entweder wird der Gegenstandsbereich im Fach „Politische Weltkunde“ oder „Sozialkunde“ behandelt, in einigen Ländern gibt es im Gymnasium das Fach Wirtschaft, in Haupt-, Real- und Gesamtschulen das Fach Arbeitslehre. In dieser Konstruktion zeigt sich nicht nur die große Distanz, die traditionell Schule zu Technik und Ökonomie hält, sondern auch die unterschiedliche Sichtweise, die Arbeitnehmersicht in Haupt-, Real- und Gesamtschule, die propädeutische Bearbeitung im Gymnasium. Daher ist zunächst die Aufgabe zu lösen, wo und wie Wirtschaft in ihrer Funktion als ökonomischer Grundlegung von gesellschaftlichen Verhältnissen und in ihrem Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereichen bearbeitet wird. Jugendliche brauchen eine Bearbeitung, die ihnen Arbeit, Wirtschaft, Beruf als eigenen zu gestaltenden Lebensbereich nahe bringen, demgegenüber sie sich nicht passiv und abwartend verhalten, sondern auf den sie aktiv gestaltend zugehen wollen – dies gilt für alle Schulformen.

Bündnis 90/Die Grünen halten es für notwendig, dass nicht nur Kenntnisse über die Berufs- und Arbeitswelt und die Bedingungen des Wandels sondern auch die Entwicklung der Fähigkeit zur aktiven gestaltenden Teilnahme am wirtschaftlichen Leben mit zum Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule gehören.

Die Schlussfolgerung, hieraus die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Wirtschaft“ ableiten zu wollen, teilt Bündnis 90/Die Grünen nicht. Auch für andere wichtige Gegenstandsbereiche wie Recht, Medizin, Ökologie oder Verbrauchererziehung gibt es kein eigenständiges Unterrichtsfach. Die Einführung immer neuer Schulfächer bedeutet die weitere Zergliederung von Lernprozessen in unergiebige Zeittakte zur Behandlung isolierten Einzelwissens.
Die Bearbeitung neuer Themenbereiche in den Schulen sinnvoll zu ermöglichen, erfordert neue Strukturen der Lernorganisation statt der hergebrachten Fächerstruktur und Wochenstundentafeln. Wir suchen Bündnispartner für die Ausweitung von zusammenhängenden Lerneinheiten, Epochalisierung, Lernen in Lernbereichen und Aufgabenfeldern, Flexibilisierung von Stundentafeln, wie sie in neueren Schulgesetzen schon ermöglicht werden. In derartige Strukturen lassen sich bei Bedarf Lehrgänge zur Schaffung von Grundlagen ebenfalls einbauen und vor allem die notwendige Verbindungen von systematischem und praxisorientiertem Lernen herstellen. Auch die Berufsorientierung sollte nicht allein Aufgabe eines Faches sein, sondern als Querschnittsaufgabe mehrerer Unterrichtsfächer angesehen werden. Mit kompetenten – auch nichtschulischen - Partnern ist ein Curriculum für fachübergreifende ökonomische Bildung zu entwickeln, das die Orientierung für Lerninhalte und Methoden schafft.

Über Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung, über Lehrer-Betriebspraktika, Formen der Jobrotation und berufliche Zusatzqualifikationen in der Wirtschaft soll das erforderliche Grundverständnis bei Lehrkräften gelegt werden. Qualifikationen in der ökonomischen Bildung – wie in jedem anderen Fach auch - über eine wissenschaftliche Ausbildung ohne eigene Berufserfahrungen sind erfahrungsgemäß schnell überholt. Bündnis 90/ Die Grünen wollen insbesondere in der sich rasant verändernden Arbeits- und Wirtschaftswelt neben der Aus- und Fortbildung deshalb auch auf Kompetenzen der in diesen Bereichen aktiv Tätigen setzen und diese zeitweilig – und als Quereinsteiger auch längerfristig - in den Lernort Schule holen sowie durch Kooperationspartnerschaften den Lernort zeitweilig verlagern.

3. Konkrete Kooperationen unterstützen

Eine solche Herangehensweise wird nur in Kooperation mit Unternehmen, Selbständigen und Menschen gelingen, die in diesen Bereichen Verantwortung tragen und bereit sind, sich auf die Bildung von Jugendlichen bereits vor der beruflichen Ausbildungsphase einzulassen. Zwischen Vertretern der beteiligten Systeme Schule und Wirtschaft sollen künftig durch regionale, überregionale oder transnationale Projekte oder über Multiplikatoren aus Unternehmen, Kammern und Verbänden Kontakte hergestellt und vertieft werden. Eine dauerhafte Kooperation muss unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen, Informationen austauschen, Wissen übereinander vermitteln und konkrete Kooperationsvorhaben entwickeln. Der Austausch über Best-practice-Modelle wird organisiert, Netzwerke oder andere Strukturen für derartige Kooperationen aufgebaut, Foren und Informationswege geschaffen. An der Entwicklung der curricularen Vorgaben für Schule und Ausbildung sind Vertreter anderer gesellschaftlicher Systeme und der Wirtschaft zu beteiligen.

Beispielhafte Projekte für gelingende Kooperationen sind z.B. TRANS-JOB, Flexibilisierung der Übergangsphase, Partnerschaft Schule – Betrieb der IHK Berlin, das Institut für produktives Lernen in Europa(IPLE).

Ein Teil dieser Themen ist auf der Ebene der kooperierenden Einzelorganisationen, und dort konkret, bearbeitbar. Im regionalen Umfeld treffen Kooperationspartner direkt vor Ort, z.B. in der Schule oder im Betrieb, zusammen und organisieren ihre Kooperationsvorhaben unter Berücksichtigung ihrer ganz konkreten Wünsche, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten im direkten Kontakt miteinander. Dies wird umso besser gelingen, je ausgeprägter die Bereitschaft zu Verbindlichkeit und Verantwortung für die Kooperation ist und je größer der erkennbare Nutzen für alle Beteiligten ist. Hierzu zählen Projekte wie Stadt-als-Schule Berlin und deren Nachfolger, Schulen im GÖS-Programm in NRW (Gestaltung und Öffnung von Schule) und andere mehr.

Die Mitgestaltung von Schule durch externe Mitglieder in Schulkonferenzen oder die Unterstützung des Schulmanagements durch professionelle Manager, Finanzexperten oder auch Fundraiser erhöht Interesse an und Identität mit der Schule und hilft ihr mit Know How, über das sie sonst zu wenig verfügt. Andererseits kann sich die Schule beispielsweise über Organisation von Veranstaltungen für Betriebsangehörige, Ausgestaltung von Ausstellungen oder Raumangebote revanchieren und selbst Einblicke erhalten.

Bereits ab der Sekundarstufe I sollten regelmäßige Kooperationsbeziehungen zu Betrieben aufgebaut werden. Solche Kooperationen ermöglichen einerseits, Lernprozesse in Betriebe als außerschulische Lernorte während eines erheblichen Teiles der Unterrichtszeit zu verlagern. Während für systematisches Lernen weiterhin die Schule zuständig bleiben muss, bieten die Ernstsituationen in Betrieben vor allem Chancen zur Problemerkennung, zum Erproben, Anwenden und Übertragen von theoretisch erarbeitetem Wissen, zum ganzheitlichen Handeln in komplexen Anwendungssituationen, zum Sich-Bewähren, zum Verbessern der überfachlichen Kompetenzen. Zu diesen Realsituationen gehören auch alle Ansätze einer stärkeren Zusammenarbeit von Schülerfirmen und Umfeld. Jugendliche machen Erfahrungen als Selbstständige und Existenzgründer. Mit diesem Verfahren entstehen lokale Netzwerke zwischen Betrieben und Schulen, die vor allem durch kurze Wege die Kontakte erleichtern.

4. Kompetenzanforderungen an Schulabgänger in Kooperation entwickeln

Klagen über mangelnde kognitive, soziale, methodische und personale Kompetenzen der SchulabsolventInnen in allen Bereichen, sind auch deutliche Hinweise auf mangelnde Kommunikation zwischen den Bereichen Schule und außerschulischen Lebenswelten. Erst kürzlich bestätigten die Ergebnisse der PISA-Untersuchung die schlechte Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems. Sowohl die Klagen der Abnehmer als auch die Ergebnisse internationaler Leistungsvergleiche signalisieren gleichermaßen die Notwendigkeit, sich über erforderliche Kompetenzen am Ende der Pflichtschulzeit zu verständigen. Gesellschaftliche Anforderungen an Bildungseinrichtungen sind legitim. Die Diskussion über Kompetenzanforderungen und Standards mit den potentiellen Abnehmern muss geführt werden, die Arbeitswelt mit ihren veränderten Qualitätsanforderungen als ein wichtiger Bezugspunkt akzeptiert werden. Lehrkräfte wissen zu wenig über die Wirtschaft und Arbeitswelt , in die sie ihre SchülerInnen entlassen. Allerdings gilt dies umgekehrt genauso. Es fehlen Informationen darüber, was sich einerseits in der Lebenswelt der Jugendlichen verändert, über welche Fähigkeiten sie verfügen, welche Interessen und welcher Gestaltungswille sie leitet und was andererseits die Schule leisten kann. Das Schnittstellenproblem des zu oft nicht oder nicht optimal gelingenden Übergangs von der Schule in die Welt der Erwerbstätigen haben die beteiligten Systeme gemeinsam. Das eine, weil es sich dem Vorwurf aussetzen muss, Bildung scheitere bereits an den ersten Bewährungsproben der Lebensbewältigung, das andere, weil es seinen Nachwuchskräftebedarf nicht decken kann. Der Bedarf an verstärktem Kontakt und Austausch besteht also beiderseits. Die Verantwortung für die Berufs- und Lebensperspektiven der nachwachsenden Generation kann nicht delegiert sondern nur in Kooperation und arbeitsteilig gemeinsam getragen werden. Die Debatte um Standards und Mindestanforderungen für die Vergabe von Schulabschlüssen am Ende der Pflichtschulzeit wird in der bildungspolitischen Debatte künftig ein erhebliches Gewicht einnehmen.

Die Verbesserung des Unterrichts mit dem Ziel der Steigerung der Leistungsfähigkeit der SchülerInnen steht im Mittelpunkt. Anregungen von „Beobachtern“ des Systems Schule sollten hierfür eingeholt werden, aus allen gesellschaftlichen Bereichen und eben auch aus der Wirtschaft. Durch einen gegenseitigen Austausch kann der Unterricht realitätsbezogener durch die Lehrkräfte gestaltet und Betriebsangehörige auch als Experten in den Unterricht einbezogen werden. a Gleichzeitig erhalten Betriebe die Gelegenheit, sich über die Schule besser zu informieren und gemeinsam über pädagogische Konzeptionen oder auch schulinterne Curricula zu beraten.

Berlin, den 10. Januar 02

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:
Sybille Volkholz, sybille.volkholz@gruene.de, Thomas Gehring, thomas.gehring@gruene.de